

critica

Zeitung von Die Linke.SDS

(Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband)

Ausgabe Nr. 14 / 2015 www.critica-online.de

Fuck you, Troika!

Der Aufstieg der neuen Europäischen Linken **S. 3**



Rassismus

Die Gefahr von Rechts hat
verschiedene Formen **S. 8-9**

Anwesenheitspflicht

Warum der Zwang zum Erscheinen
abgeschafft gehört **S. 4**

Ost-Ukraine

Eindrücke aus einer
gezeichneten Region **S. 10**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

als wir zur Mittagspause Brötchen kaufen, betrat ein schwarzer Mann die Bäckerei. „Sie können aber gut Deutsch sprechen“, meinte die Verkäuferin anerkennend. „Nun ja“, entgegnete er, „ich bin hier in Berlin geboren“. Die Situation zeigt: Rassismus kann ganz unbewusst daherkommen. Seine verschiedenen Formen haben wir in dieser Ausgabe zusammengestellt (S. 8/9).

Nach dem Vorfall fragten wir uns, was die Bäckerfachverkäuferin wohl verdienen würde. Schließlich sind Gehälter von vier bis sechs Euro in dem Handwerk keine Seltenheit. Gegen diese Dumpinglöhne soll der Mindestlohn helfen (S. 12/13). Ein Mindestlohn ist auch im Studium nützlich. Denn mit ordentlich Kohle kann man sich viel Arbeit ersparen (S. 5). Mit der gewonnenen Zeit könnte man sich einen guten Film anschauen (S. 14) oder ein Lied des antifaschistischen Liedermachers Prinz Chaos II. anhören, den wir interviewt haben (S. 15).

Weil 16 Seiten viel zu wenig sind, um über alle Themen zu schreiben, die wir interessant finden, gibt es die critica auch online:

www.critica-online.de

MACHT MIT!

...und werde critica-Redaktionsmitglied. Alles was du dafür tun musst: Schreib eine Mail an info@critica-online.de. So einfach ist das!



Die Redaktion in Heidelberg

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 14/2015
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Tilmann von Berlepsch, May Naomi Blank, Lisa Glasner, Hilke Hochheiden, Alexander Hummel, Jules Jamal El-Khatib, Jakob Migenda, Sarah Nagel, Paul Naujoks, Sebastian Rave, Hans Reuter, Ramona Seeger, Benjamin Trilling, Julius Zukowski-Krebs
Layout: Sebastian Rave
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSDP: Janis Ehling, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen: info@critica-online.de
www.critica-online.de

Semestertermine

...mit diesen Events vergisst du den Prüfungsstress!



23. – 26. April | Berlin

Linke Woche der Zukunft

„Revolution ist das Morgen schon im Heute“, sang einst die Rockband Renft. Um nicht erst bis zur Revolution zu warten um zu wissen, was Morgen sein wird, wirft die LINKE im April schon einen Blick in die Zukunft. Gemeinsam mit Menschen aus Bewegungen, Wissenschaft, Kultur und vielen anderen Feldern soll besprochen und entdeckt werden, wie die Welt der Zukunft aussehen wird und wie sie lebenswerter werden kann. Zum Beispiel diskutiert Chantal Mouffe mit dem PODEMOS-Vordenker Íñigo Errejón über die Möglichkeiten der neuen Linken in Europa. Ein Panel dreht sich um die Prekarisierung an den Universitäten. Auch ökologische und feministische Fragen sollen intensiv diskutiert werden.

Infos unter: www.linke-woche-der-zukunft.de



28.-31. Mai | Weikersroda / Thüringen

Paradiesvogelfest

Prinz Chaos II., den wir für diese Ausgabe interviewt haben, veranstaltet seit 2011 das Paradiesvogelfest auf seinem Schloss in Thüringen. Das kleine Freiluftfestival bietet jungen Künstlerinnen und Künstlern eine Bühne in familiärer Runde. Unter anderem werden Felix Meyer & Band, die Kleingeldprinzessin Dota Kehr und Sarah Lesch dabei sein. Das Campen und Parken ist kostenlos. Für Leute, die mithelfen, gibt es vergünstigte Worker-Tickets. Eine paradiesische Garderobe ist erwünscht. Rund um die Auftritte der Liedermacher gibt es im Schloss eine Absinth-Bar, eine Feuershow, veganes Essen und Theater.

Infos unter: www.paradiesvogelfest.de



3. – 7. Juni | München und Elmau

Proteste gegen den G7 Gipfel

Die selbsternannten FührerInnen der Welt kommen mal wieder nach Deutschland. Bei ihrem letzten Besuch in Heiligendamm 2007 schlug ihnen viel Widerstand gegen ihre Politik entgegen. Auf Seite 10 der critica erfahrt ihr, warum das Bündnis „Stop G7 Elmau“ auch dieses mal protestiert und weshalb die Proteste so wichtig sind. Gegen den Gipfel gibt es vielfältige Aktionen:

- 3./4. Juni:** Gipfel der Alternativen in München
- 6. Juni:** Internationale Großdemo in Garmisch-Partenkirchen
- 7. Juni:** Sternmarsch auf das Schloss Elmau um den Gipfel symbolisch zu blockieren

Infos unter: www.stop-g7-elmau.info



Bild: El Lisstzky

Bild: Prinz Chaos

Dieser Moment könnte als Anfang vom Ende der europäischen Kürzungs politik in die Geschichte Europas eingehen: inmitten einer Pressekonferenz schmeißt Yanis Varoufakis die Sparkontrollure der Troika aus Griechenland raus: „Unser Land weigert sich mit der Troika zu kooperieren.“ Ein Machtwort, das den anwesenden Eurogruppen-Chef Dijsselbloem am 30. Januar 2015 dazu veranlasst, umgehend den Raum zu verlassen. Die Troika, bestehend aus VertreterInnen von EZB, IWF und EU-Kommission, ist damit in Griechenland vorläufig Geschichte. Varoufakis wurde danach als unverschämter Draufgänger, Hitzkopf und Spieler inszeniert. Doch nicht sein Charakter ermöglichte ihm, die verhasste Troika aus dem Land zu schmeißen. Es war die Wahl der Linkspartei Syriza und die vorangegangene demokratische Erneuerung Griechenlands. Unmissverständlich forderte die griechische Bevölkerung, den Teufelskreis aus Ausgabenkürzungen, Wirtschaftseinbrüchen und sinkenden Steuereinnahmen zu durchbrechen. Die Ideologie, dass sich Staaten wie eine schwäbische Hausfrau aus der Krise herausparen könnten, sollte auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt werden. Unzählige Proteste, über ein dutzend Generalstreiks und mehrere Regierungsrücktritte konnten in den Jahren davor dieses Ziel nicht erreichen. Stets diktierte die Troika eine

It's the democracy, stupid!



Mit Syriza ist die Chance für ein soziales und demokratisches Europa so groß wie nie. Doch dafür müssen die Menschen den Kampf gegen die herrschenden Eliten gewinnen.

Von Alexander Hummel

Generation Widerstand: Neue Hoffnung für Europa

rigide Sparpolitik, welche die korrupten und eng mit den reichen griechischen Familien verbandelten Parteien Nea Dimokratia und Pasok notfalls am Parlament vorbei umsetzten.

Für die griechische Bevölkerung, die unter Lohnneinbrüchen von 40 Prozent, einer Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent und einer um 100 Prozent gestiegenen Armutsquote litt, war Syriza daher die letzte Hoffnung. Varoufakis, Tsipras und Syriza wurden gewählt, damit diese mit der Kürzungspolitik brechen, die ihr Land ruiniert hatte. Der erste Schritt musste dabei das Ende der Kooperation mit der Troika sein, dem stärksten Symbol der Austeritätspolitik. Nicht Varoufakis hatte deshalb ein Machtwort gegen die Troika gesprochen, sondern das griechische Volk selbst.

Deutschland hat nie Geld verschenkt

Syriza hat verstanden, dass die Konflikte, die es auszutragen gilt, keine Konflikte zwischen GriechInnen und Flüchtlingen oder zwischen GriechInnen und Deutschen sind, sondern zwischen oben und unten, zwischen herrschenden Eliten und den Menschen Europas. Während Syriza an der Seite der Menschen Europas steht, stehen Schäuble und Merkel als schärfste VerfechterInnen der euro-

päischen Austeritätspolitik auf der Seite der Finanzmärkte, des europäischen Kapitals und der Herrschenden. Während in den krisengebeutelten Ländern Griechenland, Spanien und Irland eine solche These auf breite Zustimmung stößt, ist sie in Deutschland gewagt. In der Bundesrepublik hat sich eine politisch-mediale Deutung der Krise durchgesetzt, wonach ein großzügiges Deutschland Griechenland und andere in Not geratene „Völker“ in einem Akt europäischer Solidarität „gerettet“ hätten. Vergessen wird dabei, dass Deutschland nicht Geld verschenkt, sondern lediglich Kredite an den griechischen Staat vergeben hat und dass das Geld aus diesen Krediten zu über 90 Prozent direkt an deutsche und französische Banken weiterfloss. Die griechische Bevölkerung aber hat von den deutschen Krediten nichts gesehen.

Wollte die deutsche Regierung Griechenland wirklich helfen, müsste sie zuallererst dafür sorgen, dass die Löhne in Deutschland wieder steigen. Trotz Produktivitätszuwächsen der deutschen Wirtschaft hat es hier seit über 10 Jahren keine relevanten Reallohnsteigerungen gegeben. Für die exportorientierten deutschen Unternehmen bedeutet das überlegene Konkurrenzfähigkeit, doch die deutschen ArbeiterInnen und Angestellten sowie besonders die südeuropäischen Volkswirtschaften leiden darunter. Sie sind angesichts der fehlenden

Lohnsteigerungen in Deutschland nicht konkurrenzfähig und haben keine Chance, nachhaltig aufgebaut zu werden. Dafür kämpft heute Syriza. Ein Ausstieg aus dem Kapitalismus oder auch nur ein Ende des Neoliberalismus stehen für die linkssozialistische Syriza auf absehbare Zeit nicht auf der Tagesordnung.

Faschos als Alternative

Der fundamentale Konflikt auf EU-Ebene ist, ob die gescheiterte europäische Austeritätspolitik im Interesse der Investoren und Banken weitergeführt wird, oder ob eine Politik des wirtschaftlichen Aufbaus im Interesse der Menschen betrieben wird. Für manche, die sich von Syriza mehr erhoffen, ist dies enttäuschend. Doch unter den derzeitigen politischen Kräfteverhältnissen wäre die einzige Alternative eine weitere Verelendung der griechischen Bevölkerung, verbunden mit einem Aufstieg rechtspopulistischer und faschistischer Parteien und Bewegungen. Ein Szenario, das vielerorts in Europa droht. In Griechenland heißt die rechte Gefahr Goldene Morgenröte, in Frankreich Front National, in Finnland Wahre Finnen und in Deutschland AfD und Pegida. In Ungarn und der Ukraine sind FaschistInnen bereits Teil der Regierungen. Würden diese in Europa noch stärker, weil eine linke Alternative fehlt, wäre dies die Urkatastrophe

des 21. Jahrhunderts.

Doch mit der linkspopulistischen und radikaldemokratischen Partei Podemos („Wir können“) in Spanien und der links-republikanischen Sinn Féin („Wir selbst“) in Irland stehen ähnliche Parteien wie Syriza vor Wahlsiegen. Sie sind Ergebnis und Teil einer noch nicht abgeschlossenen demokratischen Erneuerung sowie von Einigungs- und Reorganisationsprozessen der Linken. Will Syriza den Kampf gegen das derzeitige Europa der Kürzungsdiktate gewinnen, wird sie deren Unterstützung brauchen. Ist dieser Sieg erkämpft, ist der Weg frei für ein soziales und demokratisches Europa.

Wir in Deutschland müssen jetzt aus der bloßen Zuschauersolidarität heraustreten. Wir müssen offensiv der Hetze gegen „faule und gierige“ Griechen entgegenreten und Widerstand gegen die große Koalition leisten, die die europäische Austeritätspolitik stützt. ★

Alexander Hummel studiert Soziologie in Heidelberg, ist aktiv beim SDS und als Referent für Politische Bildung im Studierendenrat seiner Uni.



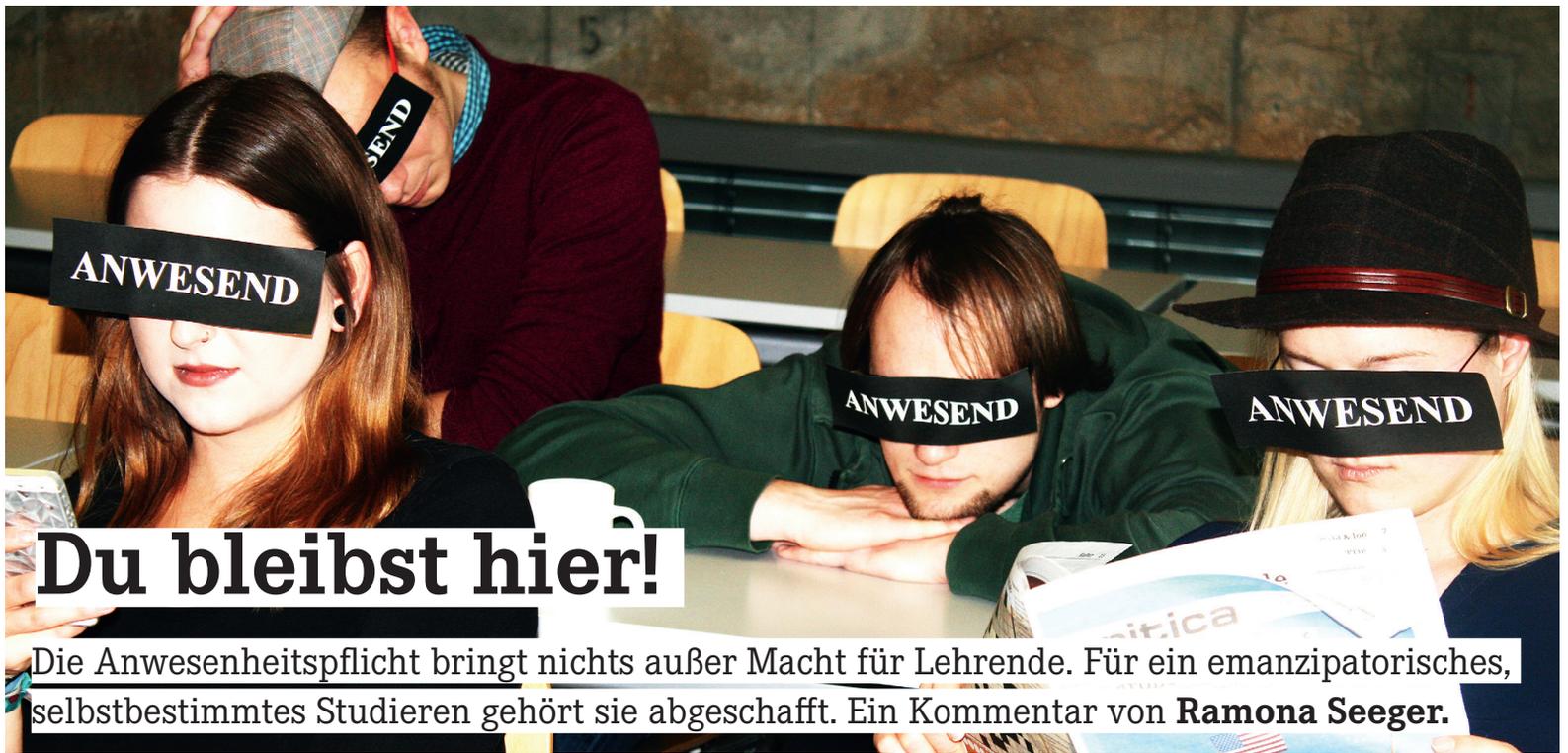


Foto: SDS Uni Bremen

Du bleibst hier!

Die Anwesenheitspflicht bringt nichts außer Macht für Lehrende. Für ein emanzipatorisches, selbstbestimmtes Studieren gehört sie abgeschafft. Ein Kommentar von **Ramona Seeger**.

Körperliche und geistige Anwesenheit sind nicht dasselbe.

Missmutig starren die Anwesenden auf das Blatt Papier. Es ist ein mechanischer Ablauf. „Bitte durchreichen und eintragen. Wer mehr als zweimal fehlt, kann sich nicht zur Prüfung anmelden.“ Mit ärztlichem Attest? „Nein, auch nicht. Dann erbringen Sie bitte eine Ersatzleistung.“

Diese Situation kennen Studierende bundesweit: Die Anwesenheitsliste geht rum. Dozierende rechtfertigen sie mit den krudesten Argumenten. Zum Beispiel mit der besseren Planbarkeit von Seminarstunden. Doch sind Seminare durch eine Anwesenheitspflicht didaktisch wertvoller aufbereitet? Wohl kaum. Plausibler erscheint das Argument des Leistungsnachweises. Aber was ist physisches Erscheinen für eine Art von Leistung? Ein Narr, wer körperliche mit geistiger Anwesenheit verwechselt! Die zwanghafte Pflicht, körperlich im Seminar zu erscheinen, ist nichts weiter als ein Macht- und Kontrollinstrument. Und als solches gehört sie abgeschafft.

Abwesenheit in Seminaren hat dabei nichts mit Faulheit zu tun. Denn gute

Gründe, eine Vorlesung nicht zu besuchen, gibt es viele. Sie betreffen das Studium, die universitäre Lehre oder das Privatleben von Studierenden. So kann es sinnvoller sein, einen Text in der Bibliothek zu lesen, als in überfüllten Hörsälen auf PowerPoint-Folien zu starren. Für Mütter und Väter kann die plötzliche Erkältung ihres Kindes einen Seminarbesuch durchkreuzen. Und die meisten Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten. Völlig absurd wird die Forderung nach körperlicher Anwesenheit, wenn sich Lehrveranstaltungen überschneiden.

Finderlohn für Anwesenheitslisten

Das Studium ist also nicht mit der Schulzeit zu verwechseln. Weil sich Studierende nicht verteilen können, müssen sie Prioritäten setzen. Sie müssen in der Lage sein, ihre Zeit selbstständig einzuteilen. Und sie müssen entspannen dürfen. Nur ein selbstbestimmtes Studieren kann das berücksichtigen.

...Muss ich in Seminaren anwesend sein?

§ Die Anwesenheitspflicht an Hochschulen ist bundesweit einheitlich geregelt. In einigen Bundesländern entscheiden die Hochschulen autonom, ob sie eine Anwesenheitspflicht erlassen. In anderen Bundesländern bestimmen Landesgesetze, ob Studierende in Seminaren erscheinen müssen.

§ Für genaue Infos zur Anwesenheitspflicht an deiner Uni kontaktiere deine Studierendenvertretung.

Um dieses Ziel zu erreichen, wehren sich Studierende mit kreativen Aktionen gegen die Anwesenheitspflicht. In Münster hat der AstA einen Anwesenheitsmelder ins Leben gerufen. Denn obwohl die Anwesenheitspflicht gesetzlich in Nordrhein-Westfalen verboten ist, umgehen Dozierende das Verbot ständig. Studierende können dort per Onlineformular die Seminare melden, in denen Anwesenheit gefordert wird. So wird der Gesetzesbruch transparent. An der FU Berlin eröffnete die Studierendenvertretung nach Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht ein Fundbüro für Anwesenheitslisten. Denn Anwesenheitslisten

würden „stark dazu neigen, verloren zu gehen“, heißt es dazu auf der Webseite. Für das Finden der Listen winkt den fleißigen Findern sogar ein Preis. ★

Ramona Seeger hat diesen Artikel während ihres Pflichtpraktikums geschrieben. Irgendwie musste sie ja die 25 Stunden pro Woche rumkriegen, die sie gezwungen war, anwesend zu sein.



Das Ende des Kapitalismus

in zwei Teilen:

»Blätter« 3+4/2015
– nur zehn Euro!

www.blaetter.de/kennenlernen

3'15

Blätter für deutsche und internationale Politik

Der islamistische Phönix
Loretta Napoleoni

Die Beharrlichkeit des Krieges
Lothar Brock

Das Ende des Kapitalismus
Wolfgang Streeck

Europa tickt deutsch
Eric Bosse

Pegida oder das autoritäre Syndrom
Oliver Nachtwey

Für einen nonkonformen Feminismus
Antje Schrupp

Der Vormarsch der Robokraten
Thomas Wagner

1990: Die vertane Chance auf Frieden in Europa
Hans Müsselwitz

Meine Masterarbeit kostet 8000 Euro

Grundsatz Nummer 1: Eigenständigkeit ist das wichtigste Kriterium wissenschaftlicher Arbeiten.“ Ich lerne die sieben Grundprinzipien wissenschaftlicher Praxis für eine Klausur. „Grundsatz Nummer 2: Zitate müssen unmissverständlich kenntlich gemacht werden.“ Ein Kumpel setzt sich bei mir an den Tisch und lugt mir über die Schulter. „Grundsatz Nummer 3: Externe Einflüsse müssen offengelegt werden.“ Er meint, er reiche demnächst dieselbe Hausarbeit für zwei verschiedene Seminare ein. „Grundsatz Nummer 4: Man darf Autoren keine falschen Aussagen zuschreiben.“ Ich warne ihn, dass das auffliegen wird. „Grundsatz Nummer 5: Plagiate sind prüfungsrelevante Täuschungsversuche.“ Er habe das schon mal gemacht, sagt er gelassen. „Grundsatz Nummer 6: Die Übernahme eigener Texte muss belegt werden.“ Zudem würden auch unsere Profs sich dauernd selbst zitieren. „Grundsatz Nummer 7: Ghostwriting ist ein schwerwiegender Verstoß.“ Wie solle man sonst mit dem Workload mitkommen, fragt er zum Schluss.

Nach diesem Gespräch bin ich durcheinander. Wie weit klappt die Lücke zwischen wissenschaftlichen Standards und wissenschaftlicher Praxis? Ich frage in meinem Freundeskreis nach und höre die wildesten Geschichten. Ein Bekannter hat sich für eine Hausarbeit in Japan eine historische Persönlichkeit ausgedacht, alle Quellenverweise fingiert. Hätten die DozentInnen einmal gegoogelt, wäre er sofort erwischt worden. Doch er blieb unentdeckt und kriegte eine gute Note. Eine Freundin, die an der Uni arbeitet, meint, dass die Juniordozenten standardmäßig die Veröffentlichungen für die ProfessorInnen schreiben. Mein Bekanntenkreis sagt unisono: Überall wird geschummelt.

Hausarbeiten sind Schnäppchen

Ich stelle eine Anfrage bei einer Ghostwriting-Firma, denn jetzt bin ich neugierig. Für 8000 Euro wird mir meine Masterarbeit geschrieben. Gegen Aufpreis kriege ich auch ein Exposé, das ich mit meinem Betreuer besprechen kann. Ich kann Quellen angeben, die genutzt werden sollen oder die Arbeit in mehreren Häppchen kriegen. Diskretion sei garantiert, ein Plagiatscheck inklusive. Wie soll das je einer merken? Die Hausarbeiten kosten bloß 1500 Euro, die reinsten Schnäppchen, aber für wen? Ich mache eine kurze Hochrechnung im Kopf. Wie viele Hausarbeiten habe ich in meinem bisherigen Studium geschrieben? Etwa zehn? Wenn deren Konzept

wirklich wasserdicht ist, dann bedeutet das, dass jeder, der 20.000 Euro übrig hat, sich sämtliche Arbeiten für einen Bachelor kaufen kann. Praktisch? Unmoralisch? Wieso gibt es diese Dienste überhaupt und wer profitiert davon?

Die Fakten sind bekannt: Für Studierende wie Dozierende ist der Leistungszwang an der Uni enorm hoch. Durch den Publikationsdruck und die Bachelor-Master-Reform bleibt den Dozierenden kaum Raum für die Vermittlung wissenschaftlicher Prinzipien. Trotzdem sind die Noten für die ersten Hausarbeiten oft schon relevant für den Notendurchschnitt der Studis. Es herrscht auf allen Ebenen das Konkurrenzprinzip: Die Studierenden rangeln um Masterplätze, die ProfessorInnen um Drittmittel. Wer hier kein Autodidakt ist, für den ist Ghostwriting ein kostspieliger Aus-

weg aus der Misere. Die Kosten hierfür tragen nicht nur die Studierenden. Auch das Wissenschaftssystem zahlt, indem es an Glaubwürdigkeit verliert.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität kann nur durch Bildungs- und Betreuungsangebote überbrückt werden. „Siedelt die Ghostwriter-Büros an der Uni an!“, geht es mir durch den Kopf, während ich, ganz traditionell, ein Exposé für meine nächste Hausarbeit tippe. ★

May Naomi Blank studiert Deutsch als Fremdsprache und sieht in Harry Potter ein marxistisches Grundlagenwerk.



Der Spagat zwischen wissenschaftlichem Anspruch und wissenschaftlicher Praxis. Von May Naomi Blank.

Montage: Sebastian Rave

Hausarbeit: Wie von Geisterhand gemacht.

Schattenwissenschaft beenden!

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung müssen Hochschulen ihre Haushalte immer mehr aus Drittmitteln bestreiten. Mehr als 1,3 Milliarden Euro aus der gewerblichen Wirtschaft fließen mittlerweile an die Hochschulen – allerdings ohne dass die entsprechenden Verträge veröffentlicht werden müssen. Die zunehmende Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft macht Lehrende und Studierende immer mehr zu Bittstellern, die die Interessen der großen Unternehmen bedienen müssen.

DIE LINKE fordert:

- komplette Aufhebung des Kooperationsverbots
- dauerhafte Mitfinanzierung der Hochschulen durch den Bund
- Offenlegung aller Drittmittelverträge zwischen Wirtschaft und Hochschulen
- umfassende Transparenzklauseln an den Hochschulen

V.i.S.d.P. S. Wagenknecht, D. Bartsch

Mehr Informationen unter:

www.linksfraktion.de/themen/hochschulreform

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Na endlich.

Die Pille danach ist nicht mehr rezeptpflichtig. Doch die Debatte hat gezeigt, wie verbreitet Frauenfeindlichkeit ist. Von **Lisa Glasner**

Die Pille danach wird europaweit aus der Rezeptpflicht entlassen. Diese Entscheidung ist ein wichtiger Schritt im Kampf für die sexuelle Selbstbestimmung der Frauen in Europa. Einige Werbustropfen bleiben jedoch.

Seit dem 15. März 2015 sind die Pillen PiDaNa und ellaOne ohne Rezept in der Apotheke erhältlich. Nur so können sie so schnell wie möglich nach dem ungeschützten Sex eingenommen werden, was für die Wirkung unerlässlich ist. Nachdem jahrelang über die Pille danach debattiert wurde, ist die Befreiung kein Erfolg der großen Koalition, sondern einer des unermüdlichen Kampfes von FrauenrechtlerInnen. Einen ihrer Höhepunkte hatte die Diskussion in der Äußerung des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion Jens Spahn, der für den Erhalt der Rezeptpflicht mit den Worten plädierte, die Pille danach sei „nicht wie Smarties“. Dass er damit in frauenfeindlicher Weise suggerierte, dass Frauen nach einer Befreiung aus der Rezeptpflicht scharenweise zur Apotheke rennen, sich packungsweise die Pille danach für 18-36 Euro das Stück kaufen und diese beim abendlichen Germanys Next Topmodel gucken snacken würden, kann ihm kaum entgangen sein. Noch krasser sind die Vorkommnisse in Köln 2013, als eine vergewaltigte Frau in zwei christlichen Krankenhäusern niemanden fand, das ihr die Pille danach verschreiben wollte.

Apotheken unterliegen der Informationspflicht

Es gibt auch Kritik an der Befreiung aus der Rezeptpflicht der Pille danach, die sich nicht aus konservativen moralischen Wertvorstellungen, sondern aus medizinischen Überlegungen ergibt. Zum Beispiel, dass eine Beratung durch ÄrztInnen notwendig wäre, da die Wirkung ab einem bestimmten Körpergewicht nicht mehr gewährleistet ist, eine höhere Dosierung als eine Tablette bei vorliegender Schwangerschaft lebensgefähr-

lich sein kann und auf die Folgeverhütung aufmerksam gemacht werden muss. Doch die Kritikpunkte berücksichtigt die derzeitige Ausgestaltung schon.

Die Pille danach wird nicht bei Aldi, sondern in einer Apotheke durch ausgebildetes Personal verkauft. Die ApothekerInnen bekommen Material zur Verfügung gestellt und sind angehalten, ausführlich zu beraten. Und das nicht erst seit dem 15. März 2015. Durch die Apothekenbetriebsordnung sind ApothekerInnen verpflichtet, umfassend insbesondere über die Arzneimittelsicherheit zu informieren. Frauen ist außerdem zuzutrauen eine Packungsbeilage zu lesen, immerhin gilt in Deutschland die Schulpflicht auch für Frauen, wo sie lesen und schreiben lernen. Das Verbot, die Pille danach über den Versandhandel ist hingegen richtig, denn eine Beratung wäre nicht gesichert.

Magenschmerzen bereitet die Freiheit

der ApothekerInnen selbst einzuschätzen, wem sie das Präparat nicht verkaufen. Der Bundesrat hat dabei besonders Minderjährige, aber auch Frauen, bei denen ein Hinweis auf Missbrauch besteht, im Auge. Sinnvoller wäre es, die ApothekerInnen nicht anzuweisen, die Abgabe zu verweigern, sondern zu verpflichten, die Frauen auf Hilfsangebote oder die Notwendigkeit einer ärztlichen Behandlung aufmerksam zu machen. Nachdem in Österreich die Pille danach im Jahr 2009 rezeptfrei wurde, brach wider Erwarten der rechtspopulistischen FPÖ nicht Katastrophe und Verwüstung über das Land herein. Die konservativen PolitikerInnen und SkeptikerInnen dieses Landes können also hoffen, dass sich die Frauen in Deutschland nicht über Nacht in gewissenlose Verhütungsmuffel verwandeln. Steigende Abgabebelastungen nach einer Befreiung aus der Rezeptpflicht sind kein Beweis für einen sorg-

Mit Smarties zur sexuellen Selbstbestimmung der Frauen? loseren Umgang mit Verhütungsmitteln. Verhütungsspannen passieren, auch in langjährigen Beziehungen. Frauen muss es zugestanden werden, selbst über ihren Körper zu bestimmen. Das schließt ein, dass sie sich informieren und bei Bedarf beraten lassen. Die Befreiung aus der Rezeptpflicht gesteht den Frauen dieses Recht und diese Kompetenz zu. Die totale sexuelle Selbstbestimmung der Frau ist hiermit aber noch nicht erreicht. Nächstes Ziel: Abschaffung des § 218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch kriminalisiert. ★



Lisa Glasner studiert Jura in Heidelberg und verbringt ihre Freizeit gerne auf Hippie-Festivals.

Foto: Sharla Sava (CC BY-NC-SA 2.0)



DA IST DAS DING!

- ▶ **Schnell:** Schon um 22 Uhr wissen, was in der Zeitung von morgen steht.
- ▶ **Bequem:** Zeitung downloaden. Jederzeit lesen – auch offline.
- ▶ **Mobil:** In der Bahn, der Uni oder im Park – mit der nd-App seid ihr immer gut informiert.

Digital, günstig, fair: die nd-App von neues deutschland.
Jetzt 2 Monate unverbindlich testen für nur 5 €.

Erhältlich im
App Store

JETZT BEI
Google play



Gleich heute bestellen: (030) 29 78 18 00 oder neues-deutschland.de/abo

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Kreuzzug gegen die Selbstbestimmung

Gegen die Fortschritte für die Selbstbestimmung wie die Legalisierung der „Pille danach“ gibt es immer wieder reaktionäre Gegenbewegungen. Etwa die sogenannten „Lebensschützer“.

Von Hans Reuter

September in Berlin. Die Sonne scheint durch den Tiergarten und vertreibt die morgendliche Kälte, der Verkehr ist untypisch leise – ein schöner Samstag im Spätsommer. Eine Gruppe junger Menschen ist auf der Ebertstraße unterwegs. Doch wäre es ein Spaziergang, würden sie nicht mitten auf der Straße rennen. Kurz halten sie an, checken eine Aktionskarte und orientieren sich. Sie kommen von einer Blockade, die gerade einer Demo christlicher FundamentalistInnen den Weg am Holocaust-Denkmal versperrt haben. Nun wurde der „Marsch für das Leben“ umgelenkt. Mit Fahnen und Transparenten geht es um die nächste Straßenecke zur Ausweichroute. Was bewegt diese Leute nur, eine Demo mit so friedlich klingendem Namen zu stören? Schaut man in die „Berliner Erklärung“ des Bundesverbandes Lebensrecht, klingt dort vieles vernünftig. Die Dachorganisation der christlichen AbtreibungsgegnerInnen fordert die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, mehr Unterstützung von Schwangeren und den Ausbau der Palliativ-Medizin, also der medizinischen Behandlung von Todkranken. Doch der Teufel steckt im Detail: statt mehr Entscheidungsfreiheit will der deutschlandweit organisierte überkonfessionelle Verband tief in das Leben besonders von Frauen* eingreifen.

Statt medizinischer Untersuchungen Gottvertrauen – wenn später jemand darunter leidet, ist das wohl eine Glaubensprüfung. Statt der Möglichkeit, sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden zu können, soll der Zwang zum Austragen jedes Embryos bestehen – insbesondere bei deutschen Frauen*, immerhin hängt laut ihrer Ideologie davon die Zukunft des Volkes ab. Anstatt eine selbstbewusste Entscheidung für die Sterbehilfe zu akzeptieren, wird Schwerkranken ihr Selbstbestimmungsrecht abgesprochen. Zurück nach Berlin: nach einer feminis-



Frauen* wollen über ihren Körper selbst bestimmen können.

tischen Demonstration am Vormittag gibt es spontane Sitzblockaden und der Fundi-Marsch wird kritisch begleitet. Mit Transparenten wie „Mein Körper – meine Entscheidung!“ und lauten Sprechchören bestimmen fortschrittliche Forderungen die Außenwirkung an diesem Wochenende. Immer wieder diskutieren die aus ganz Deutschland und Polen angereisten „Lebensschützer“ hitzig mit ihrer ungewünschten Begleitung.

Anders als in den wohlformulierten, an die Öffentlichkeit und politische EntscheidungsträgerInnen gerichteten Positionspapieren kommt dabei ihre Weltsicht unverhohlen zum Ausdruck. Frauen* sollen nur die Rolle als gebärfreudige Mutter in der weißen, christlichen Kleinfamilie ausfüllen. Diese wird als Keimzelle der Gesellschaft begriffen und alles, was an diesem Bild kratzt – Regenbogenfamilien, Homosexuelle, alternative Lebensentwürfe – gilt als Gefahr. Die von feministischen Bewegungen mühsam erkämpften Freiräume werden in Frage gestellt, verteuert, sollen erneut gesetzlich beschränkt werden. Wo die Kirchen ih-

ren Einfluss auf das Leben der Menschen verloren haben, soll nun der Staat die Kontrolle über die verlorenen Schäffchen übernehmen. Unterstützung erhalten sie dabei durch ein breites Spektrum von völkischen Rechten bis zur chauvinistischen AfD und ihrer EU-Abgeordneten Beatrix von Storch.

Forderungen treffen die Unterschicht

Dass Abtreibungsverbote nicht zu weniger, sondern nur zu illegalen und damit unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen führen, wird verschwiegen. Dass an den Folgen dieser Entrechtung von Schwangeren laut der Weltgesundheitsorganisation jedes Jahr etwa 47.000 Menschen sterben, ist der selbsternannten „Pro Life“-Bewegung egal. In El Salvador, wo Abtreibung verboten ist, gibt es bei 11 Prozent der durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche tödliche Komplikationen. Die Forderungen der „Lebensschützer“ treffen vor allem die Unterschicht.

Reiche können sich eine Behandlung im Ausland leisten. Evangelikale wie katholische FundamentalistInnen bis hin zum Papst interessiert das nicht. Die Religion hat für sie immer noch Vorrang vor der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung.

In Berlin ist der Kreuzzug derweil am Dom angekommen. Die Polizei hat alle KritikerInnen aus der Demo gedrängt. Mit einem ökumenischen Gottesdienst und einem Grußwort vom Papst endet die Protest-Saison für die Anti-Abtreibungs-Fundis im September. Doch das Netzwerken geht weiter, der Druck auf Politik und Kirchen bleibt stark, die Angriffe auf eine selbstbestimmte Sexualität halten an.



Hans Reuter beschäftigt sich oft mit Kapitalismus und seinen Geschlechterverhältnissen und freut sich, wenn er „Feminist“ genannt wird.



i Am 1. Juni wollen die AbtreibungsgegnerInnen in An-naberg-Buchholz (Sachsen) demonstrieren. Infos zum Gegenprotest finden sich unter www.schweigemarsch-stoppen.de. Neuigkeiten zu den Märschen in Berlin und Münster gibt es unter www.whatthefuck.noblogs.org sowie www.gegen1000kreuze.blogspot.de.

Deutschland, de

225

rechtsradikale Organisationen gibt es bundesweit

5,6 %

der Deutschen haben ein geschlossen rechts-extremes Weltbild

36 %

der Deutschen finden, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte

56 %

der Deutschen sind der Meinung, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen

76 %

der Deutschen lehnen Großzügigkeit bei der Prüfung von Asylanträgen ab

AfD: Für Markt, Konkurrenz und Heimat

Die Hamburger Bürgerschaftswahl ist zur Schicksalswahl für die AfD stilisiert worden. So sagte der AfD-Vize Hans-Olaf Henkel, wenn man es in dieser weltoffenen und liberalen westdeutschen Stadt schaffe, dann schaffe man es überall. Sie zog mit einem politischen Kurs zwischen Wirtschaftsliberalismus und Fremdenfeindlichkeit in die Bürgerschaft ein. Die AfD hat drei Flügel: 1. Die technokratischen Wirtschaftswissenschaftler um Bernd Lucke, der bereits 2005 als Initiator des „Hamburger Appells“ eine weitere Entfaltung der Marktradikalität forderte, 2. den streng wertkonservativen Kreis um die christliche Fundamentalistin und Abtreibungsgegnerin Beatrix von Storch und

3. den nationalkonservativen und offen rechtspopulistischen Flügel um Frauke Petry und Alexander Gauland. Zunehmend eskalieren die Fraktionskämpfe, da der rechtere Flügel immer offensiver auftritt. Der umfassenden Entschiedenheit des Sozialen der letzten Jahrzehnte sollen nicht soziale Verbesserungen, sondern noch mehr Markt und Konkurrenz entgegengesetzt werden und dazu Heimat, Familie, Tradition. Eine Alternative ist das nicht, sondern ein verschärftes „weiter so!“. Zusammengehalten wird dies alles durch den Grundgedanken der Ungleichheit von Menschen.

JOHANNES DRIESCHNER

Die Rechte: Nazi-Partei hält Dortmund in Atem

Bedrohungen von AntifaschistInnen, Antrag auf Judenzählung, Angriff auf die Wahlparty im Rathaus im Mai 2014 – das sind Vorfälle, mit denen die Nazi-Partei „Die Rechte“ Aufmerksamkeit erregt hat. Die 2012 von Christian Worch gegründete Partei hat 500 Mitglieder und Dortmund als Hochburg. Seit dem Verbot des „Nationalen Widerstand Dortmund“ ist „Die Rechte“ ein Auffangbecken für einstige Kameradschaften und autonome NationalistInnen, die durch das Parteienprivileg vor Verboten geschützt werden. Trotz des Ratseinzugs von Siegfried „SS-Siggi“

Borchardt im letzten Jahr und regelmäßigen Kundgebungen vor Notunterkünften für Geflüchtete, stagniert die Zahl der aktiven Mitglieder. Das liegt vor allem an den Gegenprotesten und Blockaden, die das Bündnis BlockaDO organisiert. Die Isolation kann Nazis in eine größere Perspektivlosigkeit treiben – und zu einer verstärkten Gewaltbereitschaft gegenüber MigrantInnen oder AntifaschistInnen führen. Auch in Zukunft ist es nötig, Naziaufmärschen entgegenzutreten.

BENJAMIN TRILLING

HOGESA: Saufen, prügeln, hetzen

HoGeSa (Hooligans gegen Salafismus) mobilisierte im Oktober 2015 mehrere tausend rechte Hooligans und NeofaschistInnen nach Köln. Es war eine der größten rechten Kundgebungen in Westdeutschland der letzten zehn Jahre. Die Aktionsgruppe geht auf eine gemeinsame Aktion rechter Hooligan-Gruppen und Nazis aus dem Ruhrgebiet zurück. Der Anlass war eine Rede des reaktionären islamischen Predigers Pierre Vogel in Mönchengladbach. Personen, die HoGeSa unterstützen, beteiligten sich häufig an Aktionen, die von SPD- und Grünen-nahen Bündnissen organisiert werden. Dabei gelang es ihnen in einigen Städten, Demons-

trationen mit ihren Parolen zu prägen. Die Bündnisse distanzieren sich nicht von rechten Teilnehmenden. Das Vorbild für HoGeSa ist die English Defence League (EDL) – ein schlagkräftiges Bündnis aus ultrarechten Parteien und Hooligans in Großbritannien. Ähnlich wie die EDL hat HoGeSa vorgegeben, gegen SalafistInnen zu sein. Dass auf deren Demos rassistische Parolen wie „Ausländer raus“ gerufen wurden verdeutlicht, dass es nur vorgeblich um Salafismus geht. Dass Demonstrierende den Koran verbrennen wollten, zeigt, dass es gegen Muslime als solche geht.

JULES JAMAL EL-KHATIB

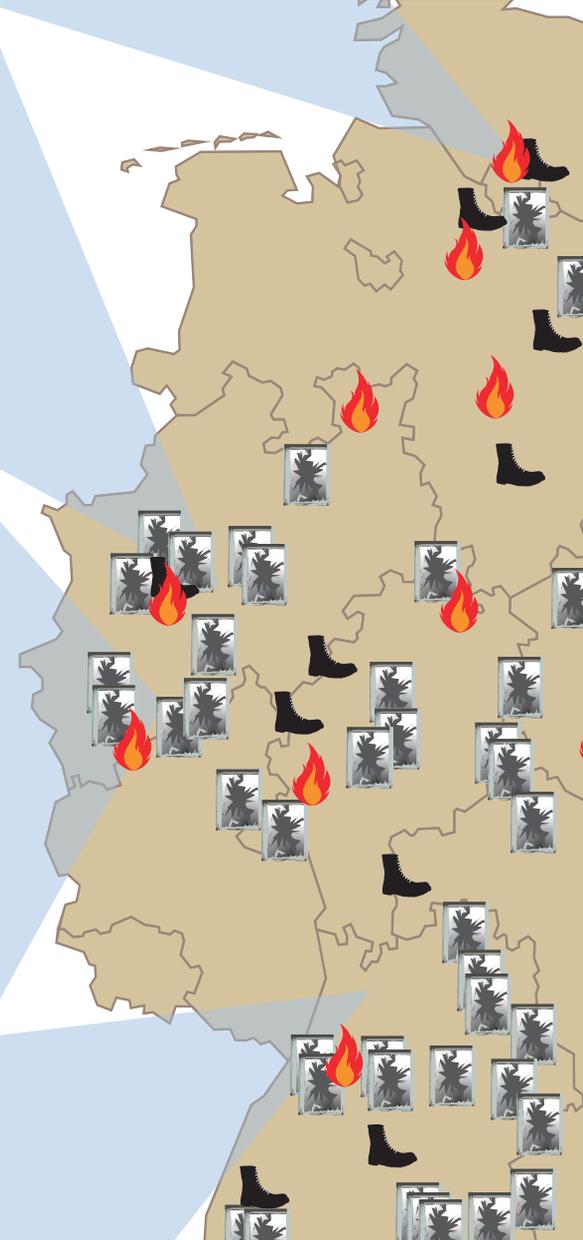
Studentenverbindungen: Lauf Burschi, lauf!

Studentenverbindungen und Burschenschaften bilden ein Scharnier zwischen Konservativen und Nazis und sind Türöffner für reaktionäre Gedanken an Hochschulen. Sie finden sich primär in traditionellen Unistädten wie Heidelberg. Während viele Verbindungen Abstand zur Naziszene halten, pflegt vor allem die offen rechtsradikale „Deutsche Burschenschaft“ (DB) diese. So debattieren sie über einen „Ariernachweis“ für Mitglieder und ihren „volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff.“ Die Grenzen der BRD erkennen sie nicht an und beanspruchen Teile Polens. Alle Verbindungen sind

klar antifeministisch. Meist sind sie reine Männerbünde. Wenn Frauen erlaubt sind, werden sie zur Begleitperson, ZuhörerIn oder zum Sexualobjekt reduziert. Kritische ForscherInnen sehen Burschenschaften als Schmiede für eine deutsch-nationale Elite, mit einem soldatischen Habitus. Die Behauptung, sie seien unpolitisch, ist eine Schutzbehauptung. Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, autoritäres Gehabe, Sexismus und Homophobie sind nicht unpolitisch sondern reaktionäres Gedankengut.

TILMAN VON BERLEPSCH

NSU, NPD, Pro-NRW, Pegida, AfD, die Rassismus äußert, sind vielfältig. Da Terrorismus des NSU über dumpfe Ress bis hin zum akademischen Schwadren turell bedingte Unvereinbarkeit vers Verbreitung rechten Gedankenguts u hinweg ist erschreckend. Oft konzentrierte Gruppierungen, wie Flüchtlinge, M für den über ganz Deutschland verb haben wir für euch zusammengetragen



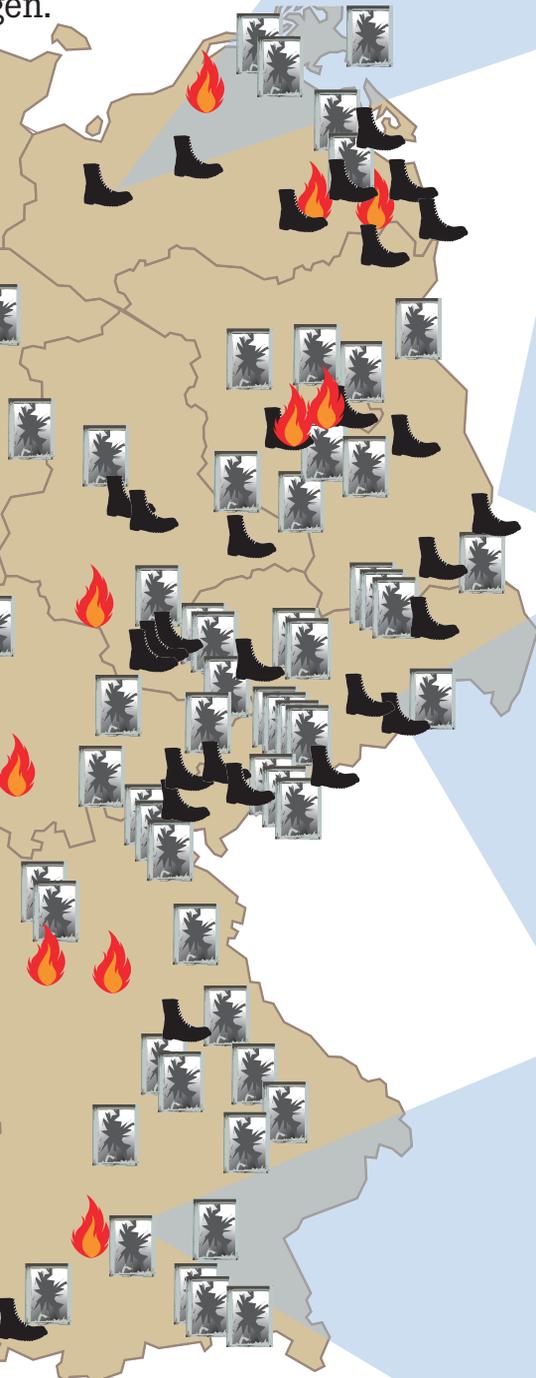
Rechte Übergriffe 2014

		
ANGRIFFE AUF FLÜCHTLINGSHEIME	KÖRPERANGRIFFE AUF FLÜCHTLINGE	BRANDANSCHLÄGE AUF FLÜCHTLINGSHEIME

Quellen: netz-gegen-nazis, PRO ASYL, Mut gegen rechte Gewalt

Keine Rassisten

Die CSU – die Formen, in denen sich
 des Spektrum reicht vom Rechtster-
 sentiments der bürgerlichen „Mitte“
 onieren über die historisch-kul-
 verschiedener „Kulturkreise“. Die
 über alle Bevölkerungsgruppen
 triert sich der Rassismus auf be-
 Muslime und Roma. Einige Beispiele
 reiteten organisierten Rassismus
 gen.



NPD: Nazis im Parlament

Bei der neofaschistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD) ist Rassismus Programm. So „zierten“ in Wahlkämpfen Plakate mit Slogans wie „Polen-Invasion stoppen“ oder „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ die Straßen. Regelmäßig schickt die NPD in Wahlkämpfen KandidatInnen mit Migrationshintergrund Ausreisebescheide und Kondome. Die Betroffenen bekommen diese an ihre Privatadresse geschickt – eine Drohung, dass die Nazis wissen, wo man wohnt. Des Öfteren kassiert die NPD Anzeigen wegen

Volksverhetzung. Die Partei stellt einen Abgeordneten im Europaparlament und fünf im Schweriner Landtag. Zudem ist sie in über 100 Kommunalparlamenten vertreten. In ihrem Stammland Sachsen ist sie 2014 nicht wieder in den Landtag eingezogen – auch aufgrund des Erstarkens der AfD. Trotzdem bleibt die Partei mit 5500 Mitgliedern gefährlich. Sie deutet soziale Fragen nationalistisch um und bildet ein Organisationszentrum der rechtsradikalen Parallelwelt.

HILKE HOCHHEIDEN

„Nein-zum-Heim“-Initiativen: Stimmungsmache gegen Flüchtlingsunterkünfte

Die Facebookgruppe der Initiative „Nein zum Heim Eisenhüttenstadt“ zählt 2700 Likes. Soziale Netzwerke sind ein zentraler Mobilisierungsraum derartiger Bürgerinitiativen – alle können „Gefällt mir“ drücken und fast alles publizieren. Hier sind EinwohnerInnen, AfD- und NPD-Mitglieder und parteilose Neonazis aktiv. Da es sich um keine offen rechte Organisation handelt, vermengen sich diffuse Ängste, Unwissenheit, Klischees und Rassismus. Platte Vorurteile werden wie Tatsachen diskutiert. Die rechtspopulistische Hetze wird zur Mobilisierung von Versamm-

lungen, Demos und Mahnwachen gegen die Heime genutzt. Der zuvor latent vorhandene Rassismus schaukelt sich dabei hoch und kann bis zur Pogromstimmung führen. Teilweise werden auch Fackelmärsche abgehalten, etwa die „Lichtelläufe“ 2013 in Schneeberg im Erzgebirge. Andere Initiativen geben sich biederbürgerlich und behaupten, sie hätten ja nichts gegen Flüchtlinge, aber diese in ihrer Nachbarschaft unterzubringen wäre für eine gute Wohngegend „einfach nicht angemessen“.

CLAUDIA SPRENGEL

Pegida: Rassismus von nebenan

Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) begann als kleine Bewegung mit 350 AnhängerInnen in Dresden. Sie entwickelte sich in wenigen Monaten zur größten rechten Massenbewegung seit der Wiedervereinigung. Inzwischen ist die Bewegung nach internen Streitigkeiten über den Kurs und zahlreichen Gegenprotesten auf 6.000 Personen geschrumpft. Sachsen, der Gründungsort von Pegida, gilt als eines der rechtskonservativsten Bundesländer. Die

CDU regiert dort seit dem Mauerfall durchgehend. Auch die seit Jahren geschürte antimuslimische Stimmungsmache in Medien und Politik, die Muslime zu Sündenböcken gesellschaftlicher Probleme macht, trägt ihren Teil zum Erstarken der Bewegung bei. Daher verwundert es nicht, dass die Anhängerschaft von Pegida vor allem in der von Abstiegsängsten betroffenen Mittelschicht zu finden ist.

JULES JAMEL EL-KHATIB

CSU: Rassistische Stammtischparolen

Die CSU macht regelmäßig Schlagzeilen mit fremdenfeindlichen Forderungen. Zum Beispiel mit der „Ausländermaut“ (inzwischen getarnt als „Infrastrukturabgabe“), der Pflicht, zu Hause Deutsch zu sprechen oder der Panikmache vor einer Flüchtlingsflut aus dem Kosovo. Den Ausspruch „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ klaut der Parteivorsitzende Horst Seehofer auch schon mal vom Wahlplakat der NPD. Doch diese erschreckenden Auswüchse seien auf keinen Fall rassistisch, beteuert die Partei. Die CSU inszeniert sich gar als einziger Fels in der Brandung gegen die Bedrohung

von rechts außen. Dabei ist das nur der rassistische Gipfel. Ihr Prinzip ist per se Aus- und Abgrenzung. Das Konstrukt des bayerischen Lokalpatriotismus wird populistisch zelebriert, um die eigene Macht zu erhalten. Stammtischparolen werden salonfähig gemacht und bis in die Bundespolitik getragen. Und dass das Wählen der CSU immer noch als Normalität und alternativlos angesehen wird, stabilisiert den rassistischen Normalzustand nicht nur, sondern treibt diesen auf die Spitze.

ROMINA SCHRÖTEL

21700

Menschen gehören in Deutschland zum rechtsradikalen Spektrum

3

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte finden statistisch gesehen pro Woche statt

35

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gab es 2014

77

Übergriffe auf Flüchtlinge ereigneten sich im letzten Jahr

118

Sachbeschädigungen an Flüchtlingsunterkünften erfolgten 2014



Foto: Lionking

Leidensgrüße aus Donezk

Gezeichnet vom Bürgerkrieg: Die ost-ukrainische Stadt Lyssytschansk.

Der Bürgerkrieg in der Ukraine forderte mehrere tausend Tote. Ein Ende ist vorerst nicht in Sicht. Von **Julius Zukowski-Krebs**

Bomben fallen in Wohnvierteln, alte Frauen sitzen vor ihren zerstörten Häusern und wissen nicht wo sie die nächste Nacht verbringen sollen, in Krankenhäusern fehlt es an lebenswichtigen Medikamenten und bewaffnete Männer prägen ganze Städte. Was uns wie ein Bild aus der europäischen Vergangenheit oder Afghanistan vorkommt, ist der Alltag vieler Menschen im Osten der Ukraine. Und der ist gerade einmal so weit von Berlin entfernt wie Madrid. Abseits der üblichen Berichterstattung tauchen immer wieder Videos von Wohnvierteln auf, die durch die ukrainische Armee verwüstet wurden. Zum Beispiel die Stadt Gorlovka. Die alte Bergbau- und Schwerindustrie-Stadt war noch vor kurzer Zeit Schauplatz erbitterter Kämpfe zwischen der ukrainischen Armee und Milizen der sogenannten Volksrepubliken. Nun prägen zerstörte Häuser und spengstisch leere Straßen das Stadtbild. Viele EinwohnerInnen sind geflohen. Die im September 2014 in Minsk errungene Waffenruhe endet nach einem Monat. Ende September fangen Milizionäre um den Flughafen von Donezk an, sich gegenseitig zu beschießen. Es sind nicht nur die Kämpfe um den Flughafen, die zum Bruch der Waffenruhe beitragen, sondern vielmehr die nicht eingehaltenen Minsker Vereinbarungen. Exemplarisch steht dafür Punkt 10 des Minsker Protokolls: der Abzug schwerer Waffen und Söldner aus dem Kampfgebiet. Entlang des Frontverlaufs gibt es immer wieder Beschuss von Stellungen des Gegners. Beide Seiten beschuldigen die jeweils andere Seite, mit

dem Feuer begonnen zu haben. Nicht einmal die OSZE kann nachvollziehen, was dort wirklich geschieht.

EinwohnerInnen schlafen auf Koffern

Der Abzug der Söldner stellte das Abkommen von Minsk auf eine harte Probe. Dabei bestreiten beide Seiten, überhaupt welche einzusetzen. „Dieses Abstreiten ist äußerst unglaubwürdig“, meint Nahostexperte Michael Lüders. Es sollen sich angeblich 500 Söldner von Blackwater in der Ukraine befinden. Die Söldnerfirma, die sich inzwischen Academi nennt, arbeitet vor allem für NATO-Staaten und westliche Konzerne.

Auf die kurzen aber heftigen Kämpfe im November und Dezember folgt eine gezwungene, winterbedingte Waffenruhe. Diese wird zwar hier und da gebrochen, größere Kriegshandlungen finden jedoch nicht statt. Geflüchtete, die sich in russischen Flüchtlingslagern aufhielten, kehren in ihre Städte zurück. Mitte Januar erreichen die Kämpfe wieder ein dramatisches Ausmaß. Vielen Menschen ist der Fluchtweg auf Grund der Kriegshandlungen abgeschnitten. Unterdessen verstärkt die ukrainische Armee den Beschuss und zieht ihre Kräfte um die Städte Donezk und Gorlovka zusammen. Gerüchten zufolge sammelt die ukrainische Armee ihre Kräfte um die beiden Städte, um den entscheidenden Schlag gegen die Volksmilizen durchzuführen. Die EinwohnerInnen der Städte haben

Angst. Die meisten schlafen in Kellern auf ihren Koffern, damit sie mitten in der Nacht fliehen können.

Zur geplanten Großoffensive kommt es jedoch nicht. Bereits am 5. Februar ziehen Merkel und Hollande die Notbremse und reisen gemeinsam nach Kiew und Moskau, um neue Friedensverhandlungen zu initiieren. Nach zähen Verhandlungen, die immer wieder von Vier-Augen-Gesprächen unterbrochen werden, ist es Mitte Februar so weit: das Abkommen „Minsk II“ steht. Im Wesentlichen enthält es dieselben Punkte wie das erste Abkommen von Minsk. Alleine daran zeigt sich, wie wenig in der Zwischenzeit passiert ist.

Neo-Nazis randalieren in Kiew

Abgesehen von Kämpfen um die strategisch wichtige Stadt Debalzewe scheint die Waffenruhe stabil. Beide Seiten haben damit begonnen, ihre schwere Artillerie abzuziehen. Doch es dauert keine drei Tage, da verkündet Dimitrij Jarosh, Kopf des militanten Rechten Sektors, dem viele nationalistische bis faschistische Bataillone nahe stehen, er werde sich nicht an die Waffenruhe halten und den Kampf weiterführen. In Kiew ziehen die Neo-Nazis vors Verteidigungsministerium, verbrennen Reifen, schmeißen mit Flaschen und verlangen, dass mehr Truppen in die Ost-Ukraine entsendet werden. In fast allen größeren Städten in der Ukraine finden daraufhin vom Rechten

Sektor organisierte Demos statt, die eine Wiederaufnahme der Kämpfe fordern. Dies zeigt, warum sich die Beruhigung des Konflikts so kompliziert gestaltet: Abseits der regulären Armee existieren Kampfverbände, die sich auf beiden Seiten aus Freiwilligen zusammensetzen. Diese unterstehen meist keiner klaren Kommandostruktur. Deshalb passiert es immer wieder, dass Bataillonskommandeure politisch motivierte Entscheidungen treffen, die immer mehr Öl ins Feuer gießen.

Derzeit ist unklar, wie sich der Konflikt entwickeln wird. Jeder Tag bringt neue Schwierigkeiten für eine friedliche Lösung. Die Kiewer Regierung muss auf die sogenannten Volksrepubliken zugehen und weitgehende Zugeständnisse in der regionalen Autonomie machen. Sie muss die faschistischen Tendenzen im eigenen Land und im eigenen Staatsapparat bekämpfen. Auch die Volksmilizionäre sollten von ihren Eroberungsplänen abrücken und sich endlich um eine ernsthafte Lösung bemühen. Sonst wird der Konflikt weitergehen und Europa steht vor einem weiteren „Frozen Conflict“ à la Transnistrien. Nur, dass es dieses Mal um viel mehr geht. ★

Julius Zukowski-Krebs ist Bundessprecher der Linksjugend [solid] und Mitinitiator der humanitären Spendeninitiative „Helft den Kindern von Donezk“.



Keine Idylle in Elmau

Auch ohne Putin auf dem Gipfeltreffen gibt es genug Gründe, gegen den G7-Gipfel zu protestieren.

Von Jakob Migenda



Foto: Stop G7

Sieben Menschen wollen einen kleinen Wochenendurlaub im wunderschönen Werdenfeller Land in den Bayerischen Alpen machen. Fünf von ihnen haben einen Friedensnobelpreis bekommen. Kann man sich eine friedvollere Idylle vorstellen?

Anscheinend ja, denn gegen dieses beschauliche Treffen regt sich Widerstand. Mehr als 10.000 Menschen wollen gegen den G7 Gipfel im bayerischen Elmau protestieren. Sie haben guten Grund dazu. Die Regierungen der G7 behaupten von sich, wahre Friedensfürsten zu sein und schmissen Russland nach der Eskalation im Ukraine-Konflikt aus der Kaminrunde. Obama dozierte Putin, dass man nicht einfach in fremde Länder einmarschiere. Die Süddeutsche Zeitung sprang ihm bei und schrieb, dass die Annexion der Krim

eine vorsintflutliche imperialistische Gebietspolitik sei, die der Westen schon lange überwunden habe. Diesem ginge es um freien Handel und gleiche Werte als Grundlage seiner Außenpolitik – aha. Beeindruckend, wie deutsche Redaktionsstuben mit ein paar Federstrichen die westliche Außenpolitik der letzten Jahre umschreiben.

Die russische Regierung mag imperialistische Außenpolitik im Ukraine-Konflikt betreiben, doch man sollte nicht den NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien, die Einmärsche nach Afghanistan und in den Irak oder den US-Drohnenkrieg im Jemen und Pakistan vergessen. Und auch in der Ukraine-Krise greift nicht nur Putin in die inneren Angelegenheiten des Bürgerkriegslandes ein. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte Klitschkos Partei und die USA diskutier-

te jüngst über Waffenlieferungen an die Kiewer Regierung.

Ob Putin dabei ist oder nicht, Friedensengel treffen sich nicht in Elmau. Sie treffen sich auch nicht zu einem netten Kaffeekränzchen. Sie sind die FührerInnen der selbst ernannten sieben wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt. Merkel, Obama und Co. haben den Anspruch, Leitlinien der Weltpolitik festzulegen. Doch wie sieht diese Weltpolitik aus – mal abgesehen von Kriegführung?

Abkommen benachteiligt den Süden

Die G7-Regierungen sind stets auf eine Ausdehnung des Freihandels bedacht. Dabei geht es längst nicht nur um TTIP. Zwar dürfte dieses Abkommen, an des-

sen Aushandlung fünf der sieben Staaten beteiligt sind, ein Thema sein, doch Freihandel ist bei weitem nicht auf nördliche Industrieländer beschränkt. Die G7-Nationen haben eine Vielzahl von Freihandelsabkommen mit zahlreichen Staaten des globalen Südens verabschiedet, wie das NAFTA-Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Die Abkommen schreiben unter anderem den Abbau von Schutzzöllen vor. Das führt dazu, dass die schwächere Wirtschaft der Länder des Südens nicht mehr vor der produktiveren Konkurrenz der Industrieländer geschützt wird. Ihre Märkte werden mit billigen Produkten des Nordens überflutet und sie haben keine Chance, für sich selbst Wohlstand zu erarbeiten.

Das Bündnis „Stop G7 Elmau“ will nicht beim Protest gegen diese Politik stehenbleiben. Vor den Gipfelprotesten wird deshalb auch einen Gipfel der Alternativen veranstaltet. Auf ihm werden die Auswirkungen der Politik der G7, der Widerstand dagegen und Alternativen für eine friedliche, soziale und ökologische Welt diskutiert. Zum Beispiel wird der junge mexikanische Aktivist Magdiel Sanchez über die Auswirkungen von NAFTA berichten, und darüber, wie viele AktivistInnen ein politisches Tribunal gegen die Freihandelspolitik gestartet haben. Wann kann man wichtigen Protest schon einmal mit so einem schönen Bergpanorama verbinden? Also auf nach Elmau! ★



Jakob Migenda ist im Bundesvorstand von Die Linke. SDS und Mitorganisator des Alternativgipfels im Stop G7 Elmau-Bündnis.

www.jungewelt.de

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* drei Wochen kostenlos lesen. Das Abo endet automatisch. Bestellungen ins Ausland auf Anfrage

Frau Herr Critica

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice Torstraße 6, 10119 Berlin). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Drei Wochen gratis testen

COUPON EINSENDEAN: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48. www.jungewelt.de/probeabo

Arbeitgeber auf Schlupflochsuche

Ein Kommentar zur Einführung des Mindestlohns von Paul Naujoks.

Seit dem 1. Januar 2015 gibt es in Deutschland einen Mindestlohn. Doch 8,50 Euro sind zu wenig. Zu wenig für eine armuttsichernde Rente, zu wenig zum Sparen und zu wenig, um angstfrei konsumieren zu können. Trotzdem attackieren ArbeitgeberInnen und Konservative den Mindestlohn und warnen vor einem arbeitsmarktpolitischen Exodus. Was schreien sie nicht auf. Handwerkskammern, der Arbeitgeberpräsident und die RegionalvorsteherInnen der CSU. Ein Bürokratiemonster sehen sie in der Dokumentationspflicht, die Teil des Mindestlohngesetzes ist. Die Dokumentationspflicht sieht vor, dass sich Beschäftigte notieren, wann sie angefangen haben zu arbeiten, wann sie Pause machen und wann der Arbeitstag beendet ist. Diese Angaben können die ArbeitgeberInnen dann vergleichen. Einen Mehraufwand für die Beschäftigten kann dies eigentlich nicht bedeuten. Auch bei einem Arbeitsvertrag wird die zu leistende wöchentliche Stundenzahl festgehalten. Nun behaupten die ArbeitgeberInnen, sie würden die tatsächlich geleistete Stundenanzahl nicht kennen – wie absurd! Als gäbe es keine Kontrolle darüber, ob die Vertragspflichten der Beschäftigten, also die Arbeitszeiten, eingehalten werden. Als hätten Vorgesetzte nicht von sich aus ein Interesse zu wissen, wie viel Geld Beschäftigte ihnen einbringen. Chefs, die nicht wissen, wie viel Mehrwert Beschäftigte pro Stunde abwerfen, begreifen nicht einmal die eigene Marktlogik.

Neoliberale Argumente erweisen sich als haltlos

Das arbeitgebernahe Ifo-Institut hat noch 2014 die Massenarbeitslosigkeit der 30er Jahre heraufbeschworen. Eine Million Arbeitslose würde der Mindestlohn verursachen, 8,50 Euro seien viel zu hoch. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage der Ware Arbeit würde erheblich gestört werden. Doch das Ifo-Institut vergisst dabei staatlich bezuschusste Arbeitskräfte oder andere Unterstützungsfaktoren wie die Familie, ohne die Menschen im Niedriglohnsektor ohne den Mindestlohn nicht überleben könnten. Das passt nicht ins neoliberale Modell. Es wird behauptet das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage der Ware Arbeit würde erheblich gestört werden. Doch seit der



Baristas bei Starbucks verdienen mehr als den gesetzlichen Mindestlohn: 8,51 Euro!

Einführung des Mindestlohnes ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit gesunken, auch in den „gefährdeten“ Niedriglohnbereichen wie der Gastronomie oder dem Friseurgewerbe. Das Gleichgewicht wurde also doch nicht so schnell ins Wanken gebracht wie das Ifo-Institut behauptete.

Selbst vor dem Oktoberfest macht die Hetze gegen den Mindestlohn nicht halt. Dessen GastwirtInnen beklagten sich kürzlich, dass der Preis durch den Mindestlohn für eine Maß nun steigen wird. Dass der Preis für eine Maß seit Jahren stetig steigt, ist den WiesnwirtInnen anscheinend egal. Eine ähnliche Analogie gibt es im Bäckereihandwerk. Dieses drohe auszusterben, da der Mindestlohn einfach nicht bezahlbar sei. Wer um vier Uhr morgens aufsteht um zu backen, soll halt auch nur vier Euro verdienen. Dass das Bäckereihandwerk schon seit Jahren kurz vor dem Kollaps steht, weil Discounter Industriebrötchen anbieten, spielt keine Rolle.

Arbeitgeber wollen Mindestlohn umgehen

Es echauffieren sich auch diejenigen, die einen Lohn von 3 bis 5 Euro als Einstiegs- hilfe für Personen ohne Schulabschluss oder Langzeitarbeitslose sehen. Der Friseur, der seit 20 Jahren in Sachsen für 4 Euro pro Stunde ackert, ist aber alles andere als langzeitarbeitslos. „Nehmt uns nicht den Niedriglohnsektor weg!“, hört man die HartzIV-Apologeten schreien. „Doch! Genau das wollen wir!“, muss man da antworten. Wenn Vorgesetzte ihren Beschäftigten nicht genug zahlen können, haben sie am Markt auch nichts zu suchen.

Marktradikale verweisen auf die klassischen Lohnfindungsmechanismen. Lohnfindung sei Sache der Tarifpartner, also der Gewerkschaften und Arbeitgeber, nicht die des Staates. Eingegriffen hat der Staat allerdings durchs Aufstocken schon viel früher. Die Gewerkschaften waren sich lange uneins, was den Mindestlohn

betrifft. Schließlich ist das ein Eingriff in die Lohnfindung. Durch die Flucht der ArbeitgeberInnen aus den Tarifverträgen wird die Lohnfindung jedoch ad absurdum geführt. Die sinkende Macht der Gewerkschaften wird nun gesetzlich gestützt. Wie selbstverständlich versuchen aktuell etliche ArbeitgeberInnen mit allen Mitteln den Mindestlohn zu umgehen (siehe S. 13). Einige RechtsanwältInnen gehen schon in die Offensive und bieten Mindestlohn-Ausweich-Seminare oder Gegenstrategien an. Langfristig gibt es jedoch keinen Weg am Mindestlohn vorbei. Und das ist auch gut so. ★

Paul Naujoks
ist aktiv in der Gewerkschaft, hört gerne Can und Colour Haze und träumt vom alten BVB.



Durchsicht gefällig?

Die Regelungen zum Mindestlohn sind nicht leicht zu durchschauen. Hier findest du Tipps und Antworten zu den häufigsten Fragen.

Bekommen alle Studierende den Mindestlohn?

Nein! Es gibt viele Ausnahmen, die besonders für Studierende interessant sind. Zum Beispiel erhältst du für Pflichtpraktika keinen Mindestlohn. Wenn du nach deinem Studium ein Praktikum machst, das nur drei Monate dauert, dann gilt das als Orientierungspraktikum und muss auch nicht vergütet werden. Immerhin: Nach diesen drei Monaten müssen dich Unternehmen und Institutionen bezahlen.

Euro pro Stunde verdienst, muss sich nun entweder deine Arbeitszeit reduzieren (max. 52 Stunden pro Monat) oder du erhältst schlichtweg mehr Kohle. Das würde dazu führen, dass du sozialversicherungspflichtig beschäftigt wärst, was kein Beinbruch ist!

Bekomme ich Urlaubsgeld zusätzlich zum Mindestlohn?

Das ist bisher unklar. Es kann sein, dass das Urlaubsgeld in dein Gehalt oder deinen Lohn integriert wird. In erster Instanz hat das Berliner Arbeitsgericht jedoch geurteilt, dass das Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht auf den Mindestlohn angerechnet werden dürfen.

Meine Chefin will mir den Mindestlohn nicht zahlen!

Besorg dir für deinen Job einen Vertrag, in dem klar drin steht, wie viel du ar-

beiten musst und wie viel du dafür bekommst. Hast du Angst davor, von deiner Chefin das Geld einzufordern? Den Mindestlohnanspruch kannst du nach drei Jahren noch rückwirkend einfordern oder gerichtlich erkämpfen. Hierbei ist es ratsam, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, deren Rechtsberatung du in Anspruch nehmen kannst.

Ich studiere zwar bereits, bin aber noch minderjährig. Habe ich in meinem Job als Zeitungsausträger Anspruch auf den Mindestlohn?

Leider nicht. Die Lobby der Medienkonzerne hatte großen Einfluss auf die verspätete Einführung des Mindestlohnes, der in dieser Branche erst ab 2017 gilt. Wenn du minderjährig bist, hast du ohnehin keinen Anspruch auf den Mindestlohn.

Ich trainiere eine Fußballmannschaft ehrenamtlich. Bekomme ich den Mindestlohn?

Nein. Das Ehrenamt bleibt vom Mindestlohn ausgeschlossen.

Was kann ich tun, wenn ich Verstöße gegen das Mindestlohngesetz bemerke?

Wende dich an deine zuständige Gewerkschaft, ruf bei der Mindestlohn-Hotline des Arbeitsministeriums an (030/60 28 00 28), oder melde dich bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Die ist dafür zuständig, Verstöße gegen den Mindestlohn zu überprüfen.

Ich jobbe in der Gastro. Zählen Trinkgelder zum Mindestlohn dazu?

Nein. Im Mindestlohn sind weder Trinkgelder noch Zahlungen wie Schicht-, Sonn- oder Feiertagszuschläge enthalten. Die bekommst du zusätzlich. Wenn du geringfügig beschäftigt bist, also unter 450 Euro monatlich und weniger als 8,50



Foto: Dennis Skley (CC BY-ND 2.0)

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

1990 bis 2015: 25 Jahre PapyRossa Verlag



Thomas Wagner
ROBOKRATIE | Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell
177 Seiten | € 13,90
ISBN 978-3-89438-581-1

Im Umfeld von Google, Facebook und Co. gedeiht eine Ideologie technologischer Machbarkeit. Deren Verfechter finanzieren Start-ups, beraten Regierungen, sind in High-Tech-Konzernen präsent – das Ausfechten politischer Konflikte erscheint ihnen indes als überkommen.



Patrick Schreiner
UNTERWERFUNG ALS FREIHEIT
Leben im Neoliberalismus
127 Seiten | € 11,90
ISBN 978-3-89438-573-6

Weit über Politik und Wirtschaft hinaus ist der Neoliberalismus mehr als nur Marktradikalismus. Als Ideologie, die Freiheit verspricht, aber Elend und Unterwerfung bedeutet, verankert er die Dominanz von Kapitalinteressen im Bewusstsein und Alltagsleben der Menschen.



Inva Kuhn
ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS | Auf Kreuzzug für das Abendland
110 Seiten | € 11,90
ISBN 978-3-89438-560-6

Antimuslimischer Rassismus, seit Jahren von Politik und Medien mit geschürt, manifestiert sich inzwischen auf den Straßen des »Abendlandes« sowie im Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Inva Kuhn fragt nach seinem innen- und außenpolitischen Nutzen und nach Antworten antirassistischer Politik.

Schau hin!

Wir stellen euch drei Filme vor, die Rassismus thematisieren.



Bild: Universal Pictures



Bild: Ascot Elite



Bild: Zorro Film

Zorniges Schwarzes Kino

Wütend und brandaktuell: „Do the right thing“ ist eine Filmstudie über rassistische Gewalt in einem MigrantInnen-Viertel. Von Benjamin Trilling

Schnell lässt Spike Lee seine Kamera hin zu den wütenden Gesichtern fahren: Da ist der schwarze Mookie, der über die „pizza-slingin'-spaghetti-bendin-motherfucker“-Italiener in seinem Viertel in Brooklyn herumpoltert. Da ist Pino mit der wütenden Ansage in seiner Pizzeria: „go the fuck back to Africa.“ Da ist ein Polizist, der seinen Schlagstock in die Hand drückt und mit uns seine Weisheiten über „mire-mire Puerto Rican cocksucker“ teilt. Es ist eine kurze, eine wütende Montage, mit der Spike Lee in die aufgeladene, rassistische Stimmung einführt. Wie auch in seinen Filmen „Clockers“ oder „Jungle Fever“ Anfang der 90er Jahre, setzt er sich in „Do the right thing“ mit der Benachteiligung der Schwarzen und rassistischen Vorurteilen auseinander. „Yo! Hold up! Time out! TIME OUT! Y'all take a chill! Ya need to cool that shit out! And that's the double truth“, ruft der schräge Reggae-Radio Moderator, den Samuel L. Jackson gibt, ins Radiomikro. Und er behält Recht. Denn die hitzige Atmosphäre, ein explosives Gemisch aus Hass, Armut und Neid, das Lee hier inszeniert, wird eskalieren. Was zunächst als ironische Tragikomödie beginnt, gerät zur tragischen wie aufrüttelnden Gewaltstudie über Rassenunruhen in Brooklyn - ein Klassiker des New Black Cinema, der nichts an Aktualität verloren hat.

Täter. Attentäter. Einzeltäter?

„Der blinde Fleck“ thematisiert die Vertuschungen rund um den schwersten Terroranschlag der Bundesrepublik. Von Alexander Hummel

Oktoberfest 1980, eine Woche vor der Bundestagswahl: zwischen Händelbuden, Bierzelten und Fahrgeschäften explodiert eine Bombe. 13 Menschen werden getötet, über 200 schwer verletzt. Es ist bis heute der schwerste Terroranschlag der Bundesrepublik. Franz-Josef Strauß, der damalige nationalkonservative Kanzlerkandidat der Union, gibt sofort Linken die Schuld. Doch der erste identifizierte Täter gehört einer rechtsradikalen Wehrsportgruppe an. Für Strauß ein Wahlkampfdesaster. Bald behaupten Ermittlungsbehörden, der Bombenanschlag sei das Werk eines Einzeltäters. Liebeskummer statt rechter Hass hätte ihn dazu getrieben. Die Tat wird entpolitisiert. Der BR-Reporter Ulrich Chaussy kann die offizielle Version nicht glauben und ermittelt gegen unzählige Widerstände. Doch dann steckt ihm ein Insider aus dem bayerischen Staatsschutz Informationen zu. Die Suche nach der Wahrheit wird Chaussys Lebensaufgabe. Noch heute sind viele Fragen um den Terrorskandal ungelöst: wie weit ging die Vertuschung der Behörden, wer war beteiligt, welche Kontinuitäten bestehen zwischen Oktoberfestattentat und NSU-Terror? Der Film dokumentiert einen der größten Geheimdienstskandale der BRD im Spielfilmformat und führte 2014 sogar zur Wiederaufnahme der Ermittlungen.

Ostdeutschland in den 90ern

„Wir sind jung. Wir sind stark.“ zeigt, wie Hass entsteht und was aus ihm hervorgehen kann. Von Jakob Migenda

„Bist du rechts oder links?“ fragt eine junge Punkerin. „Wir sind jung. Wir sind stark.“, antwortet Stefan. Er zögert. Schließlich sagt er „Ich bin einfach normal“. „Also bist du rechts!“, entgegnet sie ihm. Es ist eine Zeit, in der rechts sein normal ist. Es ist Rostock-Lichtenhagen 1992. Aber eigentlich ist es ganz Ostdeutschland in den 90ern. Eine Zeit von Arbeits- und Hoffnungslosigkeit, in der die CDU gegen AsylbewerberInnen hetzt und sich Nazis aus Ost und West zu einer neuen Gefahr verbinden. Diese Situation im Brennglas eines Tages - des 24. Augusts, als in Lichtenhagen das Sonnenblumenhaus in Flammen aufging - fängt Regisseur Burhan Qurbani hervorragend ein. Die Situation, in der der biedere Politikersonn Stefan, der draufgängerische Robbie und die schüchterne Ramona fremde Menschen jagen. Immer wieder könnten sie aus der Hassspirale aussteigen und sich aufrecht verhalten, wenn sie nur ein wenig mehr Menschlichkeit besäßen. Der Film zeigt den Alltagsrassismus gegen die vietnamesische Wäscherin Lien und die Solidarität einer Kollegin. Er zeigt unfähige Lokalpolitiker, denen Karriere, Grillpartys und das Ansehen der Stadt wichtiger sind als gejagte Menschen. Welche Gefahr aus dieser Stimmung hervorging, zeigt der Terror des NSU, der seine Wurzeln in dieser Zeit hat. Wie aktuell diese Stimmung ist, zeigt PEGIDA und Co.

„Ich bin zu freigeistig“

Prinz Chaos II. ist der Paradiesvogel unter den Liedermachern. Wir sprachen mit ihm über sein Hippie-Leben in Weitersroda, Schwulsein in altlinken Kreisen und Mario Barths in der Liedermacher-Szene.

Foto: Prinz Chaos II.



critica: Du bezeichnest dich als Prinz und lebst auf einem Schloss. Ist das Dekadenz oder Provokation?

Prinz Chaos II.: (lacht) Es ist die Erfüllung eines Kindheitstraums. Provokation interessiert mich dabei nicht so sehr. Ich muss in erster Linie dort leben und arbeiten können. Ich habe anderthalb Jahre in Tokio gelebt. Danach war für mich die Großstadt kein Thema mehr. Ich spürte, dass ich für meine Lebensbasis mehr Platz und Natur brauche.

In deinem Song „Gefährliche Zeiten“ singst du über „wahrlich bedeutende Zeiten“. Was meinst du damit?

Ich singe in dem Lied von „Niedertracht und Harmlosigkeiten“. Manchmal sind die Zeiten betörend nichtig aber wir müssten dramatisch viel verändern. Ich nehme die Zeiten deshalb vor allem als sehr gefährlich wahr. Da ist so vieles, was in eine fatale Richtung geht: Ökologie, Wirtschaft und eine Gesellschaft, die auseinanderfliegt. Während dieses Interviews findet die Blockupy-Demo in Frankfurt statt. Autos brennen und, was viel wichtiger ist, Zehntausende demonstrieren.

Kannst du dir vorstellen, in dieser Situation einen politischen Posten zu übernehmen?

Das ist für mich nicht konkret. Ich wüsste niemanden, der mir einen parteipolitischen Posten anbieten würde. Ich bin für alle Parteien zu freigeistig. Jetzt kann ich von der Bühne runter und im Gespräch mit Leuten und auf Tonträgern ungedrungen agieren. Da erreiche ich genauso viel, muss aber wenig Rücksicht nehmen. Ich übernehme dabei politische Verantwortung und bin auf dem Posten – habe aber keinen.

Ist die Liedermacherszene derzeit politisch?

Es gibt in der Liedermacherszene eine Trennung wie zwischen Comedy und Kabarett. Wir haben auch unsere Mario Barths. Ich schreibe auch lustige Lieder, aber ich finde es wichtig, dass das Gesungene eine Substanz und gesellschaftliche Aussage hat. Ich habe manchmal das Gefühl, dass manchen Leuten das Handwerk fehlt, derlei auszusagen. Wenn die immer Dienst nach Vorschrift gelebt haben und nie dahin gegangen sind, wo es wehtut, ist das schwierig. Aber die Szene hat eine gute neue Generation. Die ist politisch und nah dran an der Bewegung. Da sind auffällig viele Liedermacherinnen dabei – die alte Generation war ein Männer- und Macho-Schuppen.

Du singst, dass du auf Schloss „Weitersroda“ den alten Hippie-Traum lebst. Was bedeutet für dich Hippie-Kultur?

In den 60er Jahren hat sich die ursprüngliche Gegenkultur gespalten: in die harte Politik-Fraktion und die esoterische Hippie-Fraktion. Ich hab mich stets zwi-

schen den Stühlen gesehen. Mit der reinen Hippie-Kultur, dem totalen Rückzug in die Innerlichkeit, kann ich wenig anfangen. Der harte Politikbetrieb, in dem man sich keine Gedanken über das Zusammenleben oder über einen höflichen und liebevollen Umgang macht, ist auch kein Ort für mich. Wir versuchen auf Schloss Weitersroda eine Selbstversorgungsperspektive aufzubauen und in Gemeinschaft zu leben. Gebatigte Hosen und Räucherstäbchen gibt es zwar nicht, aber Raum für Spiritualität. Das ist eine politische Antwort. Ich war auf linken Veranstaltungen, wo sich alles mit Kritik überboten hat und irgendwann dachte ich mir: Will ich in 20 Jahren noch auf diesen Veranstaltungen sitzen, oder will ich probieren, anders zu leben?

Harte Politik, wie du sie nennst, hast du viele Jahre lang betrieben. Warum hast du dich damals zurückgezogen?

Ich verstand mich als Berufsrevolutionär und habe für politische Arbeit mein Studium geschmissen. Am Ende kam ich mit meiner Rolle nicht mehr klar. Ich war derjenige, zu dem alle geschaut haben, um eine Antwort zu kriegen. Ich war der Fels in der Brandung. Dann ist mir die Kraft ausgegangen. Gleichzeitig hatte ich einen zweiten Schub meines Coming-outs. Mein eigentliches Coming-out war mit 16. Das hatte ich nicht in die schwule Szene hinein, sondern in mein persönliches Umfeld. Dort waren alle wahnsinnig solidarisch und total gegen Homophobie. Aber ich war meistens der einzige offene Schwule. Diese Situation tat mir auf Dauer nicht gut. Es gab die Idee in der alten Linken, dass die schwule Szene ein kleinbürgerliches Ghetto sei, wo man als klassenbewusster politischer Kader nichts verloren hat. Ich habe dann irgendwann gesagt, dass ich mich um mich selbst kümmern muss. Ich wollte mit anderen queeren Leuten was entdecken, was ich bisher nicht durfte. Außerdem hatte ich gemerkt, dass ich Künstler sein möchte. Gedichte schreiben und Lieder singen war in der Rolle eines Berufsrevolutionärs aber nicht vorgesehen. Aus diesen Gründen geriet ich in eine tiefe Krise. Parallel dazu hat sich die Organisation, in der ich aktiv war, wegen persönlicher und politischer Streitereien zerschlagen.

Vielleicht war die Krise für dein Lebensweg als Musiker wichtig. Was sind deine weiteren musikalischen Pläne?

Ich hab gerade ein neues Programm gestartet, „Kabarett und Lieder“. Damit komme ich einer Forderung meiner kabarettistischen Familie nach, dass ich mehr Kabarett machen soll. Mit „Sturm und Klang“ starten wir im Mai eine Tour mit Konstantin Wecker. Und ich kooperiere mit Chören. Ein Projektchor mit 250 Leuten singt im Herbst ein Lied über Nelson Mandela, das ich geschrieben habe.

Danke für das Interview!

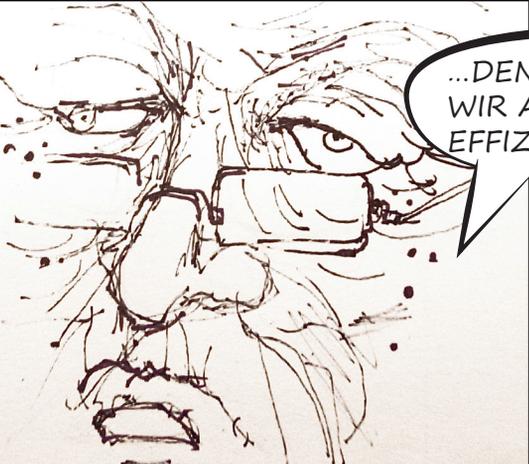
FIFTY SHADES OF RED

MONTAGMORGEN: BWL-VORLESUNG MIT PROF. CHRISTIAN BLACK.

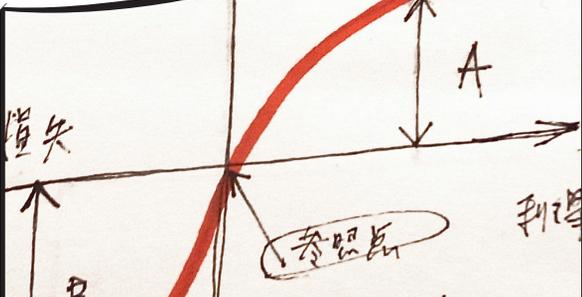
...DIE SOZIALE MARKT-
WIRTSCHAFT IST EIN
ERFOLGSMODELL!



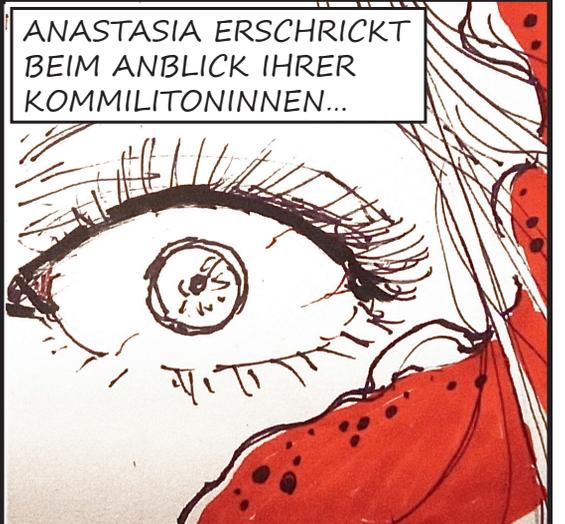
IM HÖRSAAL SITZT DIE
STUDENTIN ANASTASIA RED.



...DEN EFFEKT ERKENNEN
WIR ANHAND DER
EFFIZIENZKURVE...



OH GOTT... WENN NUR
DIE ANWESENHEITS-
PFLICHT NICHT WÄRE...



ANASTASIA ERSCHRICKT
BEIM ANBLICK IHRER
KOMMILITONINNEN...



ZUM GLÜCK BIN ICH
BEI DIE LINKE.SDS....

...WIR BRAUCHEN DIE ENT-
FESSELUNG DER GEISTIGEN
PRODUKTIVKRÄFTE!



...ABER WIR MÜSSEN
MEHR WERDEN!